

Angst vor der stramm bürgerlichen Fünferbande

Der Doppeltücktritt im Bundesrat ist für die Parteistrategen eine besondere Herausforderung – auch für die Linken

DANIEL GERNY, ERICH ASCHWANDEN

Karin Keller-Sutter – das ist der Name, um den sich am Tag nach dem Rücktritt von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard weiterhin alles dreht: Die Rolle der St. Gallerin als Kronfavoritin innerhalb ihrer Partei scheint beinahe so gefestigt wie jene von Leuthard vor ihrer Wahl in den Bundesrat im Jahre 2006. Damals stach Leuthard so stark aus der Gruppe der Papabili hervor, dass sich ein Zweierticket erübrigte. Das ist bei der kommenden Bundesratswahl quasi undenkbar – schon weil Keller-Sutter noch gar nicht entschieden hat, ob sie überhaupt ins Rennen steigt. Doch von ihrem Entscheid hängen die Pläne der Strategen in allen Lagern ab – während das breite Feld der CVP-Anwärter die Überlegungen höchstens indirekt beeinflusst.

Tritt Karin Keller-Sutter an, stehen ihre Chancen mehr als gut. Ihre eigene Partei verfügt mit ihr über eine Kandidatin, mit der sie ihr Frauen-Trauma nach dem erzwungenen Rücktritt ihrer ersten und einzigen Bundesrätin, Elisabeth Kopp, vor fast dreissig Jahren endlich überwinden könnte. Auch in der SVP ist Keller-Sutters Rückhalt gross, obwohl zunächst Skepsis laut wurde, unter anderem weil die Ständerätin den AHV-Steuerdeal aktiv unterstützt. Vereinzelt Vorbehalte gibt es auch bei SVP-Vertretern aus St. Gallen, dem Heimatkanton von Keller-Sutter. Diese nehmen ihr immer noch übel, dass sie bei den Ständeratswahlen 2011 Toni Brunner im zweiten Wahlgang nicht unterstützt hat.

SVP für Keller-Sutter

Doch eine eigentliche Abwehrfront gegen Keller-Sutter besteht innerhalb der Volkspartei nicht. Im Gegenteil: Die Wahl von Keller-Sutter bedeute eine klare Stärkung des rechtsbürgerlichen Lagers, meint ein Nationalrat und frohelt: «Doris Leuthard war eine fähige Bundesrätin, vertrat aber die falsche Stossrichtung. Bei Johann Schneider-Ammann war es umgekehrt.» Keller-Sutter stelle so gesehen die perfekte Mischung dar. «Wenn sie auf dem Ticket steht, wird sie von einem Grossteil meiner Parteikollegen in der kleinen Kammer unterstützt werden», ist auch Ständerat Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) überzeugt.

Bei den Sozialdemokraten hat Keller-Sutter gegenüber 2010, als sie zum ersten Mal für die Landesregierung kandidierte, Sympathien gewonnen. Zugute kommt ihr nicht zuletzt, dass für die SP gegenwärtig attraktive personelle Alternativen fehlen. Bei der Wahl von Ignazio Cassis setzte die Partei ganz bewusst auf den urbanen Pierre Maudet. Sie hoffte, mit



Im Dezember ist es wieder so weit: Das Parlament wird zwei neue Regierungsmitglieder wählen.

MARCEL BIERI / KEYSTONE

ihm den von den bürgerlichen Parteien angestrebten kompakten Viererblock zu verhindern. Diesmal ist eine solche Möglichkeit nicht in Sicht. Für die SP ist die Wahl der Nachfolge von Doris Leuthard deshalb wichtiger: Sie muss mit allen Mitteln verhindern, dass ein allzu konservativer und wirtschaftsfreundlicher CVP-Vertreter gewählt wird – und so die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat

weiter zementiert werden. Eine solche «Fünferbande» sei derzeit nicht ausgeschlossen, befürchtet ein sozialdemokratisches Schwergewicht.

CVP in schwierigem Umfeld

Bei der CVP ist man sich bewusst, dass die Wahl der Nachfolgerin oder des Nachfolgers von Doris Leuthard

das Machtgefüge im Land beeinflussen wird. «Der eigentliche Wechsel zu einem Bürgerblock ist jedoch bereits mit der Wahl von Ignazio Cassis erfolgt», meint ein Ständerat der Partei. «Ob das Verhältnis im Bundesrat wie jetzt 4 zu 3 oder 5 zu 2 beträgt, ist nicht mehr entscheidend.» Wichtig sei vielmehr, dass mit Karin Keller-Sutter eine Kandidatin beste Chancen habe, die im

Mindestens eine Frau soll auch bei der CVP aufs Ticket

mdr. Bern · Die CVP hat das Rennen um den frei werdenden Bundesratsplatz von Doris Leuthard eröffnet. Bis am 25. Oktober können die Kantonalparteien Kandidaten nominieren. Ein detailliertes Anforderungsprofil hat die CVP nicht definiert, wie Parteipräsident Gerhard Pfister vor den Medien sagte. Für ihn sind Führungsqualität – aber nicht unbedingt Führungserfahrung – sowie Kollegialität unabdingbare Voraussetzungen für das Amt.

Wer Bundesrat werden möchte, muss sich von der Partei auf Herz und Nieren prüfen lassen. Wie die FDP setzt auch die CVP eine Prüfungskommission ein, die sich bei ihrer Arbeit laut Pfister an die Personensicherheitsprüfung des Bundes anlehnt. Die Interessierten müssen Dokumente wie einen Strafregisterauszug ein-

reichen, eine Befragung über sich ergehen lassen und die Einwilligung zu weiteren Recherchen geben. Mindestens seit dem Fall des Genfer FDP-Regierungspräsidenten Pierre Maudet, der als Bundesratskandidat zu einer spendierten Privatreise nach Abu Dhabi schwieg, haben die Parteien ihre Praxis verschärft.

Die Zusammensetzung der Prüfungskommission ist noch nicht abschliessend bestimmt. Alt-Bundesrichter Heinz Aemisegger wird die Gruppe leiten, der auch die ehemalige Untersuchungsrichterin Judith Fischer angehört wird. Aktive Politiker werden anders als bei der FDP bewusst keinen Einsitz nehmen – zum Schutz der Befragten.

Eine Findungskommission unter Leitung von Pfister und Fraktionschef Filippo

Lombardi wird die Kandidaten ebenfalls anhören, die Resultate der Prüfungskommission entgegennehmen und schliesslich den politischen Entscheid treffen, wer der Fraktion tatsächlich vorgeschlagen wird. Dabei wird die Findungskommission, bestehend aus sieben National- und Ständeräten, die Details der Untersuchung nicht kennen, wie Pfister sagte. «Wir werden darüber informiert, dass etwas vorliegt, ohne zu wissen, was dies genau ist.»

Wer schliesslich als offizieller Kandidat oder offizielle Kandidatin ins Rennen geht, entscheidet die CVP-Fraktion an ihrer Sitzung vom 16. und 17. November. Aufgrund der Äusserungen Pfisters ist von einem Zweier- oder Dreierticket auszugehen, dem mindestens eine Frau angehört.

Parlament viel breiter abgestützt sei als Cassis. Der Aussenminister sei von der SVP gewählt worden und betreibe nun auch Politik in ihrem Solde, wie man bei der Lockerung der Rüstungsexporte habe feststellen können. Auch in der SP heisst es, die Richtungswahl sei mit dem Einzug des Tessiners in die Regierung bereits erfolgt.

Egal, welcher CVP-Kandidat das Rennen macht: Der oder die Neue aus der CVP wird in ein schwieriges Umfeld kommen. Dies hat Doris Leuthard bei der Medienkonferenz anlässlich ihres Rücktritts deutlich gemacht, als sie feststellte: «Angesichts der wachsenden Polarisierung befindet sich die CVP mehr denn je im Sandwich.» Lösungs- und konsensorientierte Politik habe es zunehmend schwieriger. Es besteht kaum ein Zweifel, dass sie damit auch auf das Machtgefüge seit dem Abgang des früheren FDP-Aussenministers Didier Burkhalter anspiele. So wäre der Entscheid des Bundesrates zur Verordnung über die Kriegsmaterialexporte in der damaligen Konstellation kaum denkbar gewesen. Auch andere Entscheide, beispielsweise zur Finanzierung der Kinderkrippen oder zum Vaterschaftsurlaub, tragen die Handschrift von FDP und SVP.

Im bürgerlichen Lager ist die Freude über den Kurswechsel sichtlich gross. Vor allem bei der SVP will man auf diesem Weg weiterfahren: Verschiedene Parlamentarier möchten die nächste Bundesratswahl nutzen und die bürgerliche Ausrichtung der Landesregierung weiter stärken. Damit gerät auch für sie die CVP in den Fokus: Fragt man, wer von den bisher genannten CVP-Papabili dieses Mitte-rechts-Anforderungsprofil erfülle, werden von mehreren Parlamentariern der Innerrhoder Nationalrat Daniel Fässler und der Bundeskanzler Walter Thurnherr ins Spiel gebracht. Fässler hält sich wie viele andere mögliche CVP-Anwärter momentan bedeckt. Thurnherr hat bei früherer Gelegenheit erklärt, er wolle nicht kandidieren – doch hoffen (und glauben) manche bei der SVP, dass diese Absage nicht wirklich unumkehrbar sei.

Auf der Linken zeichnet sich ein Abwehrdispositiv gegenüber einem solchen Szenario erst in Umrissen ab. Im Vordergrund steht dabei die Walliser Nationalrätin Viola Amherd. Sie wird innerhalb ihrer Partei dem linken Parteiflügel zugerechnet. Auch die Möglichkeit, dass am 5. Dezember gleich zwei Frauen in den Bundesrat gewählt werden, schadet dem Rückhalt für Amherd im linken Lager nicht. Dort wird sie von verschiedener Seite als Favoritin gehandelt. Doch wie gesagt: Vorerst ist die Kronfavoritin Karin Keller-Sutter am Zug. Tritt sie nicht an, beginnen sämtliche Pläne von vorn.

Bund bietet Schmiermittel für Kompromiss bei Finanzausgleich

Der Kanton Zürich muss rund 100 Millionen Franken weniger in den Ausgleichstopf zahlen

HELMUT STALDER

Vier Jahre lang haben die Kantone untereinander und mit dem Bund um eine Justierung des nationalen Finanzausgleichs gerungen, welche die finanzstarken Geberkantone Zürich, Zug, Genf, Schwyz, Basel-Stadt und Waadt entlastet. Jetzt liegt eine Lösung auf dem Tisch, die von 22 Kantonen unterstützt wird. Nur die zwei Nehmerkantone Wallis und Jura sagten Nein, zwei weitere, Bern und Freiburg, enthielten sich der Stimme. Der Bundesrat, der mit einem Millionenbeitrag kräftig zur Akzeptanz beiträgt, verabschiedete die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich am Freitag. «Wir haben ein Gleichgewicht geschaffen, das von allen mitgetragen werden kann», sagte Finanzminister Ueli Maurer bei der Präsentation. Es sei eine «mittlere Unzufriedenheit» geschaffen worden, was zur Hoffnung An-

lass gebe, dass der Kompromiss im nächsten Jahr auch im Parlament durchkomme.

System optimieren

Der Wirksamkeitsbericht 2016–2019 zum Finanzausgleich hat laut dem Bundesrat gezeigt, dass sich wegen der jetzigen Berechnungsmethode im Ressourcenausgleich die Ausgleichszahlungen stark erhöhten, so dass die minimale Ausstattung aller Kantone deutlich übertroffen wurde. «Das System funktioniert suboptimal», stellte Benedikt Würth fest, der als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen mit den Vertretern der Kantone die Reformvorschläge erarbeitet hatte.

Konkret vorgesehen ist, dass die Mindestausstattung des ressourcenschwächsten Kantons vom heutigen Zielwert von 85 Prozent auf garantierte 86,5 Prozent des schweizerischen Mittels erhöht wird. Dies sei nun eine gesetzlich garantierte

Leistung, welche die ressourcenschwachen Kantone aus dem Solidaritätstopf erhielten; kein Kanton dürfe künftig unter diese Quote fallen. Um diesen Wert hatten die Kantone heftig gefeilscht. Die Nehmerkantone wollten 88 Prozent verankern, einen Wert nahe an der im laufenden Jahr effektiv erreichten Mindestausstattung von 88,3 Prozent. Schliesslich traf man sich in der Mitte. Ferner werden mit dem Vorschlag die Dotationen des Ressourcen- und des Lastenausgleichs nicht mehr alle vier Jahre per Bundesbeschluss festgelegt, sondern im Gesetz verankert und jährlich fortgeschrieben. Die Verteilung der Mittel auf die ressourcenschwachen Kantone wird leicht angepasst.

Ein wesentlicher Teil der Lösung ist eine freiwillige Finanzhilfe des Bundes. Durch die Änderung der Berechnungsmethode würden sich künftig die Bundesbeiträge um bis zu 280 Millionen Franken pro Jahr reduzieren, so dass er diese Mit-

tel nicht mehr beizusteuern brauchte. Der Bundesrat will diese Gelder jedoch in den nächsten sechs Jahren vollumfänglich den Kantonen zur Verfügung stellen, um die Auswirkungen der Anpassungen zu mildern. Der Bund trage damit seinen Teil zur Lösung bei, denn es gehe um den Ausgleich im Land und dessen Zusammenhalt, sagte Maurer. 140 Millionen Franken werden unbefristet in den soziodemografischen Lastenausgleich eingezahlt, der vor allem übermässige Belastungen durch die Bevölkerungsstruktur und durch Zentrumsfunktionen mildert. 140 Millionen Franken fliessen zeitlich befristet in den Jahren 2021 bis 2025 degressiv den ressourcenschwachen Kantonen zu.

«Spielraum ausgereizt»

Insgesamt führt dies beim Kanton Zürich, dem mit fast 490 Millionen Franken pro Jahr am meisten beitragenden Geber-

kanton, zu spürbaren Entlastungen: 2021 bezahlt er 672 Millionen Franken weniger in den Topf ein; von 2022 bis 2025 sind es je 104,7 Millionen weniger. Für Genf liegen die jährlichen Entlastungen bei rund 95, für die Waadt bei 47, für Basel-Stadt bei 44, für Zug bei 43 und für Schwyz bei 28 Millionen Franken. Umgekehrt kommt es in den meisten Nehmerkantonen zu Mehrbelastungen, die zum Teil erheblich ausfallen – so sieht sich etwa Bern einem Mehraufwand von fast 127 Millionen gegenüber und St. Gallen einem solchen von gut 48 Millionen. Dass trotzdem 22 Kantone den Kompromiss mittragen, bezeichnete Würth als «reife staatspolitische Leistung». Der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker betonte, die Geberkantone stünden zum Finanzausgleich, der Spielraum sei mit dem Vorschlag nun aber ausgereizt. Er hoffe, das Parlament ziehe mit, denn es bestehe nun die Chance, eine innenpolitische Baustelle zu schliessen.